

Grüne Reihe

Band 4

Lohnsteuer

Von
Professor Jürgen Kirschbaum,
Professorin Regine Volk

14. Auflage
2004

Herausgeber:
Deutsche Steuer-Gewerkschaft

efv Erich Fleischer Verlag, Achim

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8168-1044-6

© 2004 Erich Fleischer Verlag, Achim bei Bremen

Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus nachzudrucken oder auf fotomechanischem Wege zu vervielfältigen, auch nicht für Unterrichtszwecke. Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen nur mit Genehmigung des Verlages.

Gesamtherstellung: Graphischer Betrieb Ernst Gieseking GmbH, Bielefeld.

Vorwort zur 14. Auflage

Vierzehn Auflagen seit 1965 bestätigen eindrucksvoll die Richtigkeit der seinerzeit von Herausgeber und Verlag getroffenen Entscheidung, die Lohnsteuer als eine die meisten Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland erfassende Ertragsteuer in einem selbständigen Band innerhalb der „Grünen Reihe“ darzustellen, auch wenn die Lohnsteuer nur eine besondere Erhebungsart der Einkommensteuer der Arbeitnehmer ist. Ein Rückblick auf die vorangegangenen dreizehn Auflagen zeigt aber auch, dass sich das Einkommensteuerrecht in einer „permanenten Reform“ befindet. Dies hat dazu geführt, dass das Einkommen- und Lohnsteuerrecht sowohl für die betroffenen Steuerpflichtigen als auch für deren Berater und die Finanzverwaltung zu einem kaum mehr durchschaubaren „Dschungel“ geworden ist. Hinzu kommt, dass das Bundesverfassungsgericht in den letzten Jahren wiederholt Vorschriften des Steuerrechts als nicht verfassungsgemäß für nichtig oder zumindest für dringend änderungsbedürftig erklären musste. Dies hat dazu geführt, dass heute kaum ein Einkommensteuer-Bescheid ergeht, der nicht im Hinblick auf die mögliche Verfassungswidrigkeit einer Norm für vorläufig erklärt wird.

Unter anderem die stetig ansteigende Zahl verfassungsgerichtlicher Entscheidungen zu steuerlichen Fragen und auch aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (Standortdiskussion) sich ergebende Zwänge veranlassen den Gesetzgeber in immer kürzeren Zeitintervallen, neue Vorhaben zur Reform des Einkommen- und Lohnsteuerrechts zu starten. So waren auch in der vorliegenden 14. Auflage eine Vielzahl von seit der letzten Auflage ergangenen Gesetzesänderungen zu verarbeiten. Lediglich beispielhaft seien genannt: das Gesetz zur Familienförderung vom 22. 12. 1999, das Steuerbereinigungsgesetz vom 22. 12. 1999, das Steuersenkungsgesetz vom 23. 10. 2000, das Steuersenkungsergänzungsgesetz vom 19. 12. 2000, das Gesetz zur Einführung einer Entfernungspauschale vom 21. 12. 2000, das Altersvermögensgesetz vom 26. 6. 2001, das Zweite Gesetz zur Familienförderung vom 16. 8. 2001, das Steueränderungsgesetz 2001 vom 20. 12. 2001, das Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz vom 20. 12. 2001, das Gesetz zur Steuerfreistellung von Arbeitnehmertrinkgeldern vom 8. 8. 2002, das Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. 12. 2002, das Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 16. 5. 2003, das Steueränderungsgesetz 2003 vom 15. 12. 2003, das Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz (sog. Korb II-Gesetz) vom 22. 12. 2003, das Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29. 12. 2003, das Alterseinkünftegesetz vom 5. 7. 2004.

Die Erkenntnis, dass in Zeiten starker wirtschaftlicher und demografischer Veränderungen das bewährte System der sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland nur durch tiefgreifende Reformen funktionsfähig beibehalten werden kann und die Nöte des Beschäftigungsmarktes zwingen den Gesetzgeber in allen Bereichen, insbesondere auch des Ertragsteuerrechts weiterhin dazu, aktiv zu werden. Da die Erfahrung zeigt, dass in den gegenwärtigen Zeiten eines verstärkten Wandels der Lebensverhältnisse viele Reformwerke nicht das halten, was man sich von ihnen versprochen hat, entsteht gerade auch auf dem Gebiet des Steuerrechts zu Recht der Eindruck, dass es ein von permanenten Gesetzesänderungen geprägtes Rechtsgebiet ist. So sind gerade zum Jahreswechsel 2003/2004 wieder eine Reihe von Gesetzen erlassen worden, die umfangreiche Ände-

rungen auch im Bereich der Einkommen- und Lohnsteuer beinhalten. Erwähnt seien an dieser Stelle das Steueränderungsgesetz 2003, das Haushaltsbegleitgesetz 2004, das Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz (sog. Korb II-Gesetz). Da zudem weiterhin Forderungen nach einer tiefgreifenden Reform des Ertragsteuerrechts erhoben werden und geradezu ein Wettbewerb der politischen Kräfte um die besten steuerlichen Reformkonzepte eröffnet erscheint, werden die nächsten steuerlichen Reformgesetze mit Regelungen zumindest über steuerliche Entlastungen einerseits und über erforderliche Gegenfinanzierungsmaßnahmen andererseits nicht sehr lange auf sich warten lassen.

Die 14. Auflage berücksichtigt alle Änderungen des Einkommen- und Lohnsteuerrechts, die bis Ende Juli 2004 eingetreten sind. Ebenfalls ist die bis zu diesem Zeitpunkt bekannt gewordene Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs und der Finanzgerichte berücksichtigt.

Wir wünschen, dass die neue Auflage allen Benutzern eine wertvolle Hilfe beim Umgang mit dem Lohnsteuerrecht sein möge.

Für Anregungen sind wir ebenso dankbar wie für kritische Äußerungen.

Marbach, im Juli 2004

Jürgen Kirschbaum

Regine Volk

Rechtsgrundlagen:

- | | |
|-------------------|---|
| ESTG | i. d. F. vom 19. Oktober 2002 (BGBl 2002 I S. 4210), zuletzt geändert durch Art. 1 des Alterseinkünftegesetzes (BGBl 2004 I S. 1427) und Art. 3 des Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und weiterer Gesetze (BGBl 2004 I S. 1753) |
| ESTDV 2000 | i. d. F. vom 10. Mai 2000 (BGBl 2000 I S. 717, zuletzt geändert durch Art. 10 des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 (BGBl 2003 I S. 3076, 3085)) |
| ESTR 2003 | i. d. F. vom 15. Dezember 2003 (BGBl 2003 I Sondernummer 2/2003), mit den Einkommensteuerhinweisen 2003 |
| LStDV 1990 | i. d. F. vom 10. Oktober 1989 (BGBl I S. 1848), zuletzt geändert durch Art. 2 des Steueränderungsgesetzes 2003 (BGBl 2003 I S. 2645, 2652) |
| LStR 2002 | i. d. F. vom 11. Oktober 2001 (BStBl 2001 I Sondernummer 1/2001), zuletzt geändert durch die LStÄR 2004 vom 8. Oktober 2003 (BStBl I S. 455) – LStR 2004 –, mit den Lohnsteuer-Hinweisen 2004 |
| 5. VermBG | i. d. F. vom 4. März 1994 (BGBl I S. 406), zuletzt geändert durch Art. 19 des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 (BGBl 2003 I S. 3076) |
| SolzG 1995 | i. d. F. vom 15. Oktober 2002 (BGBl 2002 I S. 4131), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002 (BGBl 2002 I S. 4621) |

Inhaltsübersicht

	Seite
0 Einleitung	25
0.1 Verhältnis der Lohnsteuer zur Einkommensteuer	25
0.2 Entwicklung des Lohnsteuerrechts	25
0.3 Die Steuerreformen	26
0.4 Rechtsgrundlagen	28
0.5 Gläubiger der Lohnsteuer	30
Erster Teil: Das Lohnsteuerabzugsverfahren	
1 Die Lohnsteuerkarte	32
1.1 Allgemeines und Begriff	32
1.2 Grundsatz der Maßgeblichkeit	32
1.3 Rechtsnatur der amtlichen Eintragungen	33
1.4 Die Gemeinden	35
1.5 Zuständigkeit der Gemeinden	35
1.6 Ausstellung der Lohnsteuerkarten	38
1.6.1 Allgemeines	38
1.6.2 Amtsprinzip	39
1.6.3 Stichtagsprinzip	39
1.6.4 Zeitliche Wirksamkeit	40
1.6.5 Unentgeltlichkeit	41
1.7 Nachweis der Ausstellung	41
1.8 Erlass über die Ausstellung von Lohnsteuerkarten	42
1.9 Amtlich vorgeschriebenes Muster der Lohnsteuerkarte	43
1.10 Übermittlung von Lohnsteuerkarten	45
1.11 Öffentliche Bekanntmachung	45
1.12 Die sachlichen Eintragungen	46
1.12.1 Allgemeines	46
1.12.2 Steuerklassen	46
1.12.2.1 Allgemeines	46
1.12.2.2 Steuerklasse I	46
1.12.2.3 Steuerklasse II	46
1.12.2.4 Steuerklasse III	48

Inhaltsübersicht

1.12.2.5	Steuerklasse IV	51
1.12.2.6	Steuerklasse V	51
1.12.2.7	Steuerklasse VI	52
1.12.3	Eintragung von Kinderfreibeträgen	53
1.12.3.1	Auswirkung der Eintragung von Kinderfreibeträgen auf der Lohnsteuerkarte	53
1.12.3.2	Besonderheiten für das Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren	55
1.12.3.3	Bescheinigung der Zahl der Kinderfreibeträge	55
1.12.3.4	Zuständigkeit für die Eintragung	56
1.12.3.4.1	Zuständigkeit der Gemeinde	56
1.12.3.4.2	Zuständigkeit des Finanzamts.	57
1.12.3.5	Änderung der Eintragungen aufgrund geänderter Verhältnisse	58
1.12.3.6	Haushaltsgemeinschaft mit einem Kind bei Steuerklasse II	59
1.12.4	Pauschbeträge für Behinderte und Hinterbliebene	63
1.13	Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften	64
2	Stufenloser Formeltarif und Lohnsteuertabellen	66
2.1	Der Einkommensteuertarif	66
2.2	Die Lohnsteuertabellen	69
2.2.1	Allgemeines	69
2.2.2	Jahreslohnsteuertabelle, Monats-, Wochen- und Tagestabellen	71
2.2.2.1	Allgemeines	71
2.2.2.2	Allgemeine und besondere Lohnsteuertabelle	72
2.2.2.3	Lohnsteuertabellen bei Eheleuten	73
2.2.2.4	Der Aufholtarif	73
2.2.2.5	Tabellenfreibeträge	75
2.2.3	Maschinelle Lohnsteuerermittlung anhand der Tarifformel	81
2.2.4	Lohnzahlungszeitraum	82
3	Pflichten und Rechte der Arbeitnehmer	86
3.1	Pflichten der Arbeitnehmer	86
3.1.1	Beantragung von Lohnsteuerkarten	86
3.1.1.1	Für nur ein Dienstverhältnis.	86
3.1.1.2	Für mehrere Dienstverhältnisse.	86
3.1.1.3	Ersatzlohnsteuerkarte.	87
3.1.1.4	Ablehnung eines Antrags auf Ausstellung einer Lohnsteuerkarte	87
3.1.2	Anzeigepflichten	87
3.1.2.1	Anzeigepflicht nach § 39 Abs. 4 EStG.	88
3.1.2.2	Anzeigepflicht nach § 39 Abs. 5 a EStG	90
3.1.2.3	Keine Anzeigepflicht nach § 39 a EStG	90
3.1.2.4	Anzeigepflicht nach § 153 AO	91
3.1.3	Auskunftspflicht	91
3.1.4	Vorlage der Lohnsteuerkarte beim Arbeitgeber	92
3.1.5	Ablieferung der Lohnsteuerkarte nach Ablauf des Kalenderjahres	92

3.2	Rechte der Arbeitnehmer	92
3.2.1	Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte	94
3.2.1.1	Nachträgliche Änderungen von Besteuerungsmerkmalen.	94
3.2.1.2	Steuerklassenwechsel	97
3.2.1.3	Eintragung eines Freibetrags	99
3.2.1.4	Verfahren bei der Eintragung von Freibeträgen	111
3.2.1.5	Bescheiderteilung.	112
3.2.2	Recht auf Rückgabe der Lohnsteuerkarte	113
3.2.3	Anrufungsauskunft	113
3.2.3.1	Anfrage.	113
3.2.3.2	Betriebsstätte	114
4	Pflichten und Rechte des Arbeitgebers	116
4.1	Pflichten des Arbeitgebers.	116
4.1.1	Aufbewahrung und Herausgabe der Lohnsteuerkarten, elektronische Lohnsteuerbescheinung	116
4.1.2	Lohnsteuerabzugspflichtige Personen	120
4.1.2.1	Arbeitgeber	120
4.1.2.2	Lohnsteuerabzugspflicht eines Dritten.	121
4.1.2.3	Lohnsteuerabzugspflicht des Arbeitgebers für Arbeitslohn- zahlung durch Dritte	123
4.1.3	Nichtvorlage einer Lohnsteuerkarte	125
4.1.4	Verfahren bei beschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmern	128
4.1.5	Lohnkonto	132
4.1.6	Sammellohnkonto.	135
4.1.7	Ermittlung der Lohnsteuer.	136
4.1.7.1	Bei laufendem Arbeitslohn (R 118 LStR 2004)	137
4.1.7.2	Bei laufenden Nettolöhnen (R 122 LStR 2004)	142
4.1.7.3	Bei sonstigen Bezügen.	145
4.1.7.4	Bei sonstigen Bezügen für mehrere Jahre	149
4.1.7.5	Entschädigungen im Sinne von § 34 Abs. 1 und 2 Nr. 2 EStG als sonstige Bezüge.	150
4.1.7.6	Bei sonstigen Nettobezügen.	150
4.1.7.7	Bei Pauschalierung der Lohnsteuer – Überblick	151
4.1.7.8	Bei sonstigen Bezügen nach besonders zu ermittelnden Pauschsteuersätzen	154
4.1.7.9	Bei sonstigen Bezügen nach festen Pauschsteuersätzen.	158
4.1.7.10	Pauschalierung der Lohnsteuer für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte.	164
4.1.7.10.1	Geringfügig entlohnte Beschäftigung und pauschaler Beitrag des Arbeitgebers zur Rentenversicherung (§ 40 a Abs. 2 EStG)	165
4.1.7.10.2	Geringfügig entlohnte Beschäftigung ohne pauschalen Beitrag des Arbeitgebers zur Rentenversicherung (§ 40 a Abs. 2 a EStG)	174
4.1.7.10.3	Kurzfristige Beschäftigung (§ 40 a Abs. 1 EStG)	178
4.1.7.10.4	Bei Aushilfskräften in der Land- und Forstwirtschaft (§ 40 a Abs. 3 EStG)	179

Inhaltsübersicht

4.1.7.10.5	Zusatzvoraussetzungen nach § 40 a Abs. 4 EStG	180
4.1.7.10.6	Pauschalierung der Kirchensteuer	182
4.1.7.11	Bei Pauschalierung für bestimmte Zukunftssicherungsleistungen	183
4.1.8	Einbehaltung der Lohnsteuer	190
4.1.9	Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer	190
4.1.10	Lohnsteuer-Anmeldungszeitraum	192
4.1.11	Erlass, Stundung und Aussetzung von Lohnsteuer	192
4.1.12	Lohnsteuerbescheinigung	193
4.1.13	Nachforderung und Haftung.	197
4.1.13.1	Nachforderung von Lohnsteuer.	198
4.1.13.2	Nachforderung der Lohnsteuer vom Arbeitgeber nach Pauschaliersätzen (§ 40 Abs. 1 Nr. 2 EStG).	199
4.1.13.3	Nachforderung der Lohnsteuer vom Arbeitgeber, ohne dass dieser eine Pauschalierung beantragt.	200
4.1.13.4	Einschränkung der Haftung	201
4.1.13.5	Haftung des Arbeitgebers	204
4.1.13.6	Haftung anderer Personen (R 145 Abs. 2 LStR 2004)	204
4.1.13.7	Haftung, falls ein Dritter die Pflichten des Arbeitgebers trägt (§ 38 Abs. 3 a EStG)	205
4.1.13.8	Gesamtschuldnerschaft.	206
4.1.13.9	Gesamtschuldnerschaft von Arbeitnehmern und Dritten	209
4.1.13.9.1	Allgemeines	209
4.1.13.9.2	Haftung bei Arbeitnehmerüberlassung.	210
4.1.13.10	Nachforderungs- und Haftungsbescheid.	211
4.1.13.11	Einwendungen gegen die Inanspruchnahme	214
4.1.14	Der Rückgriff	215
4.1.15	Erstattung von Lohnsteuer.	216
4.1.16	Gesetzeskonkurrenz zwischen § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG und § 37 Abs. 2 AO	218
4.1.17	Übertragung von Erstattungs- und Vergütungsansprüchen	219
4.1.18	Verpfändung und Pfändung von Erstattungs- und Vergütungsansprüchen	221
4.2	Rechte des Arbeitgebers	223
5	Lohnsteuer-Außenprüfung	225
6	Der Lohnsteuer-Jahresausgleich durch den Arbeitgeber – Die Antragsveranlagung zur Einkommensteuer	227
6.1	Allgemeines	227
6.2	Materielles Recht	228
6.3	Die Verfahren: Jahresausgleich durch den Arbeitgeber bzw. Antrags- veranlagung	230
6.3.1	Gesetzliche Vorschriften.	230
6.3.2	Maßgebender Steuertarif.	230
6.3.3	Ausgleichsberechtigte und Antragsberechtigte	230
6.3.4	Ausgleichsverpflichtete	231

6.3.5	Konkurrenzverhältnis	232
6.3.6	Grenzen der Antragsveranlagung.	232
6.3.7	Antragsverfahren	232
6.3.8	Fristen	233
6.3.9	Zuständigkeit des Arbeitgebers.	234
6.3.10	Zuständigkeit des Finanzamts.	236
6.3.10.1	Örtliche Zuständigkeit	236
6.3.10.2	Sachliche Zuständigkeit	237
6.3.11	Ermittlung der Jahreslohnsteuer	237
6.3.11.1	Ermittlung durch den Arbeitgeber	237
6.3.11.2	Antragsveranlagung der Arbeitnehmer nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG	239
6.3.12	Progressionsvorbehalt	241
6.3.12.1	Lohnersatzleistungen im Sinne von § 32 b Abs. 1 Nr. 1 EStG	242
6.3.12.2	Ausländische Einkünfte	243
6.3.13	Auslandstätigkeitserlass (BMF vom 31. 10. 1983, BStBl 1983 I S. 470)	243
6.3.13.1	Allgemeines	243
6.3.13.2	Begünstigte Tätigkeit.	244
6.3.13.3	Zeitliche Voraussetzungen	245
6.3.13.4	Begünstigte Einkünfte	246
6.3.13.5	Verfahren beim Arbeitgeber.	246
6.3.13.6	Verfahren beim Finanzamt	247
6.3.14	Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs bzw. der Antragsveranlagung zur Einkommensteuer.	247
6.3.14.1	Lohnsteuer-Jahresausgleich durch den Arbeitgeber	247
6.3.14.2	Antragsveranlagung zur Einkommensteuer durch das Finanzamt . .	248
6.3.14.2.1	Belege und Bescheide	250
6.3.14.2.2	Maschinelles Verfahren	251
6.3.15	Der permanente Lohnsteuer-Jahresausgleich	252
6.3.16	Einkommensteuerantragsveranlagung bei zeitweilig unbeschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmern.	254
6.3.17	Einkommensteuerantragsveranlagung bei beschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmern mit EU/EWR-Staatsangehörigkeit und -Wohnsitz (§ 50 Abs. 5 Nr. 2 EStG)	255
6.3.18	Kirchensteuer-Veranlagung	256
6.3.19	Pauschale Kirchensteuer.	257
6.3.20	Besonderheiten der Kirchensteuer bei Ehegatten – Halbteilungsgrundsatz bei Konfessionsverschiedenheit.	258
7	Veranlagung von Arbeitnehmern	260
7.1	Allgemeines	260
7.2	Besteuerung von Ehegatten	260
7.3	Einzelne Veranlagungstatbestände	260
7.3.1	Veranlagung von Amts wegen	260
7.3.1.1	Einkünfte ohne Lohnsteuerabzug von mehr als 410 Euro (§ 46 Abs. 2 Nr. 1 EStG).	261

Inhaltsübersicht

7.3.1.2	Arbeitslohn nebeneinander von mehreren Arbeitgebern (§ 46 Abs. 2 Nr. 2 EStG)	263
7.3.1.3	Veranlagung von Arbeitnehmern, die Kurzarbeitergeld oder Winterausfallgeld bezogen haben und für die ein Lohnsteuer-Jahresausgleich nicht durchzuführen ist	264
7.3.1.4	Veranlagung bei Wechsel von der allgemeinen zur besonderen Lohnsteuertabelle oder umgekehrt in einem Kalenderjahr (§ 46 Abs. 2 Nr. 3 EStG)	265
7.3.1.5	Veranlagung der Ehegatten, in deren Lohnsteuerkarte die Steuerklasse V oder VI eingetragen ist (§ 46 Abs. 2 Nr. 3 a EStG)	265
7.3.1.6	Veranlagung von Arbeitnehmern, denen ein Freibetrag nach § 39 a EStG auf der Lohnsteuerkarte eingetragen wurde (§ 46 Abs. 2 Nr. 4 EStG)	265
7.3.1.7	Veranlagungen von Elternpaaren bei vom Gesetz abweichender Aufteilung des Ausbildungsfreibetrags, des Behinderten-Pauschbetrags und des Hinterbliebenen-Pauschbetrags (§ 46 Abs. 2 Nr. 4 a EStG)	265
7.3.1.8	Veranlagung beim Lohnsteuerabzug von sonstigen Bezügen nach § 39 b Abs. 3 Satz 9 und § 39 c Abs. 5 EStG	266
7.3.1.9	Veranlagung beim Lohnsteuerabzug nach § 39 b Abs. 3 Satz 2 EStG von einem sonstigen Bezug	266
7.3.1.10	Auflösung der Ehe im Kalenderjahr (§ 46 Abs. 2 Nr. 6 EStG)	267
7.3.1.11	Veranlagung von Arbeitnehmern, die wie unbeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer behandelt werden bzw. familien-gerecht nach § 1 a EStG besteuert werden (§ 46 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a und b EStG)	267
7.3.2	Veranlagungen auf Antrag (§ 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG)	268
7.3.3	Das Veranlagungsverfahren	269
7.4	Solidaritätszuschlag bei der Lohnsteuer	270
7.4.1	Allgemeines (s. a. Tz. 15.3)	270
7.4.2	Solidaritätszuschlag im Lohnsteuerabzugsverfahren	270
7.4.3	Solidaritätszuschlag beim permanenten Jahresausgleich durch den Arbeitgeber	272
7.4.4	Aufzeichnung, Anmeldung und Bescheinigung des Solidaritätszuschlags durch den Arbeitgeber	272
7.4.5	Solidaritätszuschlag bei der Einkommensteueranlagung	272

Zweiter Teil: Ermittlung des Einkommens aus nichtselbständiger Arbeit

8	Nichtselbständige Arbeit	273
8.1	Arbeitnehmer	273
8.1.1	Begriff	273
8.1.2	Abgrenzung der Arbeitnehmereigenschaft	276
8.1.2.1	Von der selbständigen Tätigkeit	276
8.1.2.2	Von der gewerblichen Tätigkeit	280

8.1.2.3	Von der Land- und Forstwirtschaft	281
8.1.2.4	Von den Kapitaleinkünften	281
8.1.2.5	Von den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	282
8.1.2.6	Von den sonstigen Einkünften	283
8.1.3	Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende	286
8.1.4	Dienstverhältnisse zwischen Angehörigen und Ehegatten	288
8.1.5	Einzelfälle aus Rechtsprechung und Verwaltungspraxis	291
8.2	Zusammentreffen mit anderen Tätigkeiten	293
8.2.1	Allgemeines	293
8.2.2	Unselbständige Nebentätigkeit	293
8.2.3	Nebentätigkeit für denselben Arbeitgeber	295
8.2.4	Nebenberufliche Lehr- und Prüfungstätigkeit	296
8.2.4.1	Lehr- und Prüfungstätigkeit als ordentliche Dienstaufgabe	296
8.2.4.2	Lehr- und Prüfungstätigkeit gehört nicht zu den ordentlichen Dienstaufgaben	297
8.2.4.3	Lehr- und Prüfungstätigkeit bei selbständiger Haupttätigkeit	299
8.3	Arbeitgeber	299
8.4	Dienstverhältnis	301
8.4.1	Begriff des Dienstverhältnisses	301
8.4.2	Inhalt des Dienstverhältnisses	302
8.4.3	Ehrenämter	305
8.5	Unbeschränkte und beschränkte Lohnsteuerpflicht	306
8.5.1	Sachliche Abgrenzung	306
8.5.2	Unbeschränkte Lohnsteuerpflicht	307
8.5.2.1	Bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Inland	307
8.5.2.2	Kraft Antrags – Grenzpendler	308
8.5.3	Beschränkte Lohnsteuerpflicht	310
8.5.3.1	Ausübung nichtselbständiger Arbeit im Inland	310
8.5.3.2	Verwertung der Arbeit im Inland	311
8.5.3.3	Arbeitslohn aus inländischen öffentlichen Kassen	313
8.5.4	Zusammentreffen von unbeschränkter und beschränkter Lohnsteuerpflicht	314
8.5.5	Inland – Wohnsitz – gewöhnlicher Aufenthalt	315
8.5.6	Besonderer Steuerabzug bei beschränkter Einkommensteuerpflicht	317
9	Arbeitslohn	319
9.1	Begriff des Arbeitslohns	319
9.1.1	Definition des Gesetzes	319
9.1.2	Abgrenzung des Arbeitslohns gegenüber den nicht steuerbaren Zuwendungen	325
9.1.2.1	Aufmerksamkeiten	326
9.1.2.2	Betriebsveranstaltungen	326
9.1.2.3	Fort- und Weiterbildungsleistungen	328
9.1.2.4	Einzelfälle von Aufmerksamkeiten	329

Inhaltsübersicht

9.1.3	Zufluss des Arbeitslohns	333
9.1.3.1	Zufluss als Besteuerungszeitpunkt – Begriffsbestimmung	333
9.1.3.2	Gutschrift von Arbeitslohn	334
9.1.3.3	Vorschüsse	336
9.1.3.4	Zahlung an Dritte	336
9.1.3.5	Zahlung durch Dritte	337
9.1.3.6	Laufende und einmalige Bezüge	339
9.2	Arten des Arbeitslohns	340
9.2.1	Gehalt	340
9.2.2	Lohn	340
9.2.3	Tantiemen	340
9.2.4	Gratifikationen	340
9.2.5	Provisionen	341
9.2.6	Ergebnislöhne	342
9.2.7	Sachbezüge	342
9.2.7.1	Begriff der Sachbezüge	342
9.2.7.2	Bewertung der Sachbezüge	343
9.2.7.2.1	Bewertungsmaßstab	343
9.2.7.2.2	Einzelbewertung	344
9.2.7.2.3	Freigrenze	345
9.2.7.2.4	Sachbezugsverordnung	347
9.2.7.2.5	Sonstige „amtliche“ Sachbezugswerte	348
9.2.7.3	Wichtige Einzelfälle von Sachbezügen	349
9.2.7.3.1	Belegschaftsrabatte	349
9.2.7.3.2	Kraftfahrzeugstellung	353
9.2.7.3.3	Mahlzeitgewährung	358
9.2.7.3.4	Wohnung	359
9.2.7.3.5	Zinsvorteile	362
9.2.8	Sonstige Einnahmen oder Vorteile	364
9.2.8.1	Darlehensgewährung	364
9.2.8.2	Forderungsverzicht des Arbeitgebers	364
9.2.9	Einnahmen aus früherem Dienstverhältnis	364
9.2.9.1	Wartegeld und Ruhegehalt	365
9.2.9.2	Witwen- und Waisengelder	365
9.2.10	Entschädigung für entgangenen Arbeitslohn	366
9.3	Steuerlich begünstigter Arbeitslohn	372
9.3.1	Jubiläumsgeschenke	372
9.3.2	Zukunftssicherung der Arbeitnehmer	373
9.3.2.1	Allgemeines	373
9.3.2.1.1	Begriff	373
9.3.2.1.2	Einzelne Merkmale	374
9.3.2.2	Arten der Zukunftssicherung	374
9.3.2.2.1	Allgemeines	374
9.3.2.2.2	Innerbetriebliche Maßnahmen	375
9.3.2.2.3	Direktversicherung	376
9.3.2.2.4	Selbständige Versorgungseinrichtungen	377

9.3.2.3	Lohnsteuerliche Behandlung der Aufwendungen des Arbeitgebers .	378
9.3.2.3.1	Allgemeines	378
9.3.2.3.2	Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtung	380
9.3.2.3.3	Den gesetzlichen Pflichtbeiträgen gleichgestellte Zuschüsse.	383
9.3.2.3.4	Beiträge an Direktversicherungen	384
9.3.2.3.5	Beiträge für eine Unfallversicherung	390
9.3.2.3.6	Leistungen an Pensions- und Unterstützungskassen und an Pensionsfonds	390
9.3.3	Vergütungen für eine mehrjährige Tätigkeit	392
9.3.4	Versorgungsbezüge	394
9.3.5	Altersentlastungsbetrag	399
10	Steuerfreie Einnahmen	402
10.1	Aufwandsentschädigungen	402
10.1.1	Allgemeines	402
10.1.2	Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen.	403
10.1.2.1	Aufwandsentschädigungen aus einer Bundes- oder Landeskasse . .	403
10.1.2.2	Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen für öffentliche Dienste	403
10.1.2.2.1	Öffentliche Kassen	404
10.1.2.2.2	Öffentlicher Dienst	404
10.1.2.2.3	Aufwand	406
10.1.2.2.4	Nachprüfungsrecht des Finanzamts	406
10.1.2.2.5	Aufwandsentschädigung und Werbungskostenabzug	408
10.1.3	Aufwandsentschädigungen seitens privater Arbeitgeber	409
10.1.4	Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten im Dienst oder Auftrag öffentlicher oder gemeinnütziger Einrichtungen	410
10.1.4.1	Allgemeines	410
10.1.4.2	Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke. . .	410
10.1.4.3	Tätigkeiten im Dienst oder Auftrag bestimmter Körperschaften und Einrichtungen	411
10.1.4.4	Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer und vergleichbare Tätigkeiten.	412
10.1.4.5	Künstlerische Tätigkeit	413
10.1.4.6	Pflegetätigkeit	414
10.1.4.7	Nebenberufliche Tätigkeiten	414
10.1.4.8	Steuerfreibetrag	416
10.1.4.9	Werbungskosten	417
10.2	Reisekosten- und Fahrtauslagensersatz	419
10.2.1	Allgemeines	419
10.2.2	Dienstreise	419
10.2.2.1	Regelmäßige Arbeitsstätte.	420
10.2.2.2	Vorübergehende Auswärtstätigkeit.	421
10.2.3	Fahrtätigkeit	423
10.2.4	Einsatzwechseltätigkeit	423

Inhaltsübersicht

10.2.5	Reisekosten	424
10.2.6	Ersatz der Reisekosten durch den Arbeitgeber	425
10.2.6.1	Allgemeines	425
10.2.6.2	Fahrtauslagen	425
10.2.6.2.1	Fahrtauslagen bei Dienstreisen	427
10.2.6.2.2	Fahrtauslagen bei Fahrtätigkeit	428
10.2.6.2.3	Fahrtauslagen bei Einsatzwechseltätigkeit	428
10.2.6.3	Kosten der Unterkunft	431
10.2.6.4	Mehraufwendungen für Verpflegung	432
10.2.6.5	Reisenebenkosten	438
10.2.6.6	Reisekostenvergütungen aus öffentlichen Kassen	439
10.2.6.7	Auslösungen	441
10.2.6.7.1	Allgemeines	441
10.2.6.7.2	Auslösungen bei Dienstreisen	441
10.2.6.7.3	Auslösung wegen Fahr- oder Einsatzwechseltätigkeit	442
10.2.6.7.4	Auslösungen bei doppelter Haushaltsführung	443
10.2.6.7.5	Auslösungen bei zeitlich beschränkter doppelter Haushaltsführung für Arbeitnehmer ohne eigenen Hausstand	453
10.3	Kaufkraftausgleich	453
10.4	Umzugskostenvergütung	455
10.4.1	Umzugskostenvergütung aus öffentlichen Kassen	455
10.4.2	Umzugskostenvergütung durch private Arbeitgeber	456
10.5	Durchlaufende Gelder und Auslagenersatz	458
10.6	Überlassung typischer Berufskleidung	461
10.7	Werkzeuggelder	463
10.8	Sammelbeförderung von Arbeitnehmern und Fahrtkostenzuschüsse	464
10.8.1	Sammelbeförderung	464
10.8.2	Fahrtkostenzuschüsse	465
10.9	Private Nutzung von betrieblichen Personalcomputern und Telekommunikationsgeräten	465
10.10	Heirats-, Geburts- und sonstige Beihilfen sowie Zuwendungen zur Kinderbetreuung	466
10.10.1	Heirats- und Geburtsbeihilfen	466
10.10.2	Sonstige Beihilfen	467
10.10.2.1	Beihilfen aus öffentlichen Kassen	467
10.10.2.2	Beihilfen von privaten Arbeitgebern	468
10.10.3	Zuwendungen zur Kinderbetreuung	469
10.11	Entlassungsschädigungen	470
10.11.1	Entlassungsabfindungen wegen Auflösung des Dienstverhältnisses	470
10.11.1.1	Allgemeines	470
10.11.1.2	Voraussetzungen für Steuerfreiheit	471
10.11.1.3	Tarifermäßigung nach § 34 EStG	474

10.11.2	Übergangsgelder und Übergangsbeihilfen aufgrund gesetzlicher Vorschriften	475
10.12	Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit	476
10.12.1	Allgemeines	477
10.12.2	Zahlung von Zuschlägen.	477
10.12.3	Grundlohn	479
10.12.4	Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit	481
10.12.5	Nachweis der tatsächlich geleisteten Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit	481
10.12.6	Höhe der steuerfreien Zuschläge	483
10.12.7	Zusammentreffen mit Mehrarbeitszuschlägen	483
10.13	Sonstige steuerfreie Einnahmen	484
10.13.1	Leistungen aus öffentlichen Mitteln	484
10.13.2	Steuerbefreiung aufgrund internationaler Abkommen.	486
10.13.3	Steuerfreiheit von Einnahmen für Pflegeleistungen	486
10.13.4	Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	487
10.13.5	Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung	490
11	Werbungskosten	491
11.1	Begriff der Werbungskosten	491
11.1.1	Allgemeines	491
11.1.2	Die einzelnen Merkmale des Werbungskostenbegriffs	492
11.1.2.1	Aufwendungen	492
11.1.2.2	Zusammenhang der Aufwendungen mit dem Arbeitslohn	495
11.1.3	Abgrenzung der Werbungskosten von den Kosten der Lebensführung	496
11.1.3.1	Allgemeines	496
11.1.3.2	Schuldhaft verursachte Aufwendungen	500
11.1.4	Abgrenzung der Werbungskosten von den Sonderausgaben	500
11.1.5	Werbungskosten und Ersatz der Aufwendungen durch die Arbeitgeber	501
11.2	Pauschbeträge für Werbungskosten	502
11.2.1	Der gesetzliche Arbeitnehmer-Pauschbetrag	502
11.2.1.1	Allgemeines	502
11.2.1.2	Pauschbetrag bei mehreren Dienstverhältnissen	503
11.2.1.3	Pauschbetrag bei Ehegatten	503
11.2.2	Pauschalierte Werbungskosten	503
11.3	Einzelne Arten von Werbungskosten	503
11.3.1	Kraftfahrzeugkosten	503
11.3.1.1	Allgemeines	503
11.3.1.2	Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit eigenen oder zur Nutzung überlassenen Kraftfahrzeugen	507
11.3.1.2.1	Wohnung, Arbeitsstätte, Entfernung zwischen beiden	507
11.3.1.2.2	Höhe der Entfernungspauschale	512
11.3.1.2.3	Durch die Entfernungspauschale abgegoltene Kosten	513

Inhaltsübersicht

11.3.1.2.4	Fahrgemeinschaften und Entfernungspauschale	514
11.3.1.2.5	Zahl der Arbeitstage	515
11.3.1.2.6	Erstattung der Fahraufwendungen durch den Arbeitgeber	515
11.3.1.2.7	Gestellung von Kraftfahrzeugen durch den Arbeitgeber	516
11.3.1.3	Familienheimfahrten bei doppelter Haushaltsführung	517
11.3.1.3.1	Doppelte Haushaltsführung	517
11.3.1.3.2	Höhe der abzugsfähigen Aufwendungen	517
11.3.1.3.3	Ersatz der Aufwendungen durch den Arbeitgeber	518
11.3.1.3.4	Gestellung eines Kraftfahrzeugs durch den Arbeitgeber	519
11.3.1.3.5	Fahraufwendungen bei mehreren Dienstverhältnissen	519
11.3.1.4	Kraftfahrzeugkosten bei Dienstreisen	520
11.3.1.5	Sonderregelung für Behinderte	522
11.3.2	Mehraufwendungen für Verpflegung	523
11.3.2.1	Allgemeines	523
11.3.2.2	Bei Auswärtstätigkeiten	523
11.3.2.3	Nachweispflicht der Mehraufwendungen	528
11.3.2.4	Ersatzleistungen des Arbeitgebers	528
11.3.3	Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer	529
11.3.3.1	Dem Grunde nach anzuerkennendes steuerrechtliches häusliches Arbeitszimmer.	530
11.3.3.2	Inhalt und Umfang der gesetzlich geregelten Abzugsbegrenzung . .	530
11.3.3.3	Von der Abzugsbegrenzung betroffene Aufwendungen.	534
11.3.4	Beiträge zu Berufsverbänden	536
11.3.5	Aufwendungen für Arbeitsmittel	537
11.3.6	Absetzungen für Abnutzung.	543
11.3.7	Fortbildungskosten	545
11.3.8	Umzugskosten.	550
11.3.9	Sonstige Werbungskosten	552
11.4	Beschränkung des Werbungskostenabzugs	557
11.4.1	Allgemeines	557
11.4.2	Geschenkaufwendungen	557
11.4.3	Bewirtungsaufwendungen	559
11.4.4	Sonstige unangemessene Aufwendungen	561
11.4.5	Nichtabzugsfähige Werbungskosten	562
11.4.5.1	Aufwendungen für Gästehäuser	562
11.4.5.2	Aufwendungen für Jagd, Fischerei und Jachten	563
11.4.5.3	Geldbußen, Ordnungs- und Verwarnungsgelder sowie ähnliche Leistungen	563
11.4.5.4	Hinterziehungszinsen.	564
11.4.5.5	Schmiergelder.	564
11.4.5.6	Aufwendungen zur Förderung staatspolitischer Zwecke	565
12	Sonderausgaben	566
12.1	Begriff der Sonderausgaben	566

12.2	Die einzelnen Sonderausgaben	569
12.2.1	Unterhaltsleistungen an geschiedene oder dauernd getrennt lebende Ehegatten	569
12.2.1.1	Allgemeines	569
12.2.1.2	Voraussetzungen für den Sonderausgabenabzug	570
12.2.1.3	Antragstellung und Zustimmung	573
12.2.2	Renten und dauernde Lasten	574
12.2.3	Vorsorgeaufwendungen	575
12.2.3.1	Versicherungsbeiträge	575
12.2.3.2	Beiträge an Bausparkassen	577
12.2.4	Kirchensteuer	577
12.2.5	Nach der Abgabenordnung zu zahlende Zinsen	578
12.2.6	Steuerberatungskosten	578
12.2.7	Ausbildungskosten	579
12.2.8	Aufwendungen für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse	583
12.2.9	Aufwendungen für den Besuch einer Ersatzschule durch ein Kind des Arbeitnehmers	585
12.3	Voraussetzungen für die Abzugsfähigkeit der Vorsorgeaufwendungen.	586
12.3.1	Kein Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen.	586
12.3.2	Empfänger der Vorsorgeaufwendungen	587
12.3.3	Belegenheit des Zahlungsempfängers	587
12.3.4	Keine zulagebegünstigten vermögenswirksamen Leistungen	587
12.3.5	Verbot der Besicherung eines Darlehens durch Lebensversicherungen	588
12.3.6	Nachversteuerung von Vorsorgeaufwendungen	588
12.3.6.1	Versicherungsbeiträge	588
12.3.6.2	Bausparbeiträge	589
12.4	Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen	592
12.4.1	Rechtslage bis 31. 12. 2004	592
12.4.1.1	Vorwegabzug	593
12.4.1.2	Allgemeine Höchstbeträge	594
12.4.2	Rechtslage ab 1. 1. 2005	596
12.4.2.1	Abzugsfähigkeit der Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung und vergleichbare Altersvorsorgeprodukte (Basisversorgung).	597
12.4.2.1.1	Abzugsfähige Aufwendungen.	597
12.4.2.1.2	Höhe der abzugsfähigen Aufwendungen	597
12.4.2.2	Abzugsfähigkeit von sonstigen Vorsorgeaufwendungen	598
12.4.2.2.1	Abzugsfähige Aufwendungen.	598
12.4.2.2.2	Höhe der abzugsfähigen Aufwendungen	599
12.4.2.3	Günstigerprüfung	600
12.5	Zusätzliche Altersvorsorge	600
12.5.1	Allgemeines	600
12.5.2	Begünstigter Personenkreis	601
12.5.3	Geförderte Altersvorsorgebeiträge	601
12.5.4	Altersvorsorgezulage	602

Inhaltsübersicht

12.5.5	Sonderausgabenabzug	602
12.5.6	Schädliche Verwendung	603
12.6	Spenden	603
12.6.1	Allgemeines	603
12.6.2	Ausgaben für mildtätige, kirchliche und gemeinnützige Zwecke . .	605
12.6.2.1	Begünstigte Zwecke und Person des Empfängers	605
12.6.2.2	Gegenstand und Wert von Spenden	605
12.6.2.3	Höhe der abziehbaren Spenden und Verteilung	606
12.6.3	Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien	606
12.6.4	Spendenbescheinigung und Vertrauensschutz	607
12.7	Pauschbetrag für Sonderausgaben	608
12.8	Vorsorgepauschale	609
12.8.1	Allgemeines	609
12.8.2	Bemessung der Vorsorgepauschale in der Rechtslage bis 31. 12. 2004	610
12.8.3	Bemessung der Vorsorgepauschale in der Rechtslage ab 1. 1. 2005.	615
12.8.4	Abgeltungswirkung der Vorsorgepauschale	616
12.8.5	Beachtung der Vorsorgepauschale beim Lohnsteuerabzug	618
12.8.6	Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte und Vorsorgepauschale	618
12.8.7	Altersentlastungsbetrag und Vorsorgepauschale	620
13	Außergewöhnliche Belastungen	622
13.1	Begriff der außergewöhnlichen Belastung	622
13.1.1	Außergewöhnlichkeit dem Grunde nach	623
13.1.2	Außergewöhnlichkeit der Höhe nach	623
13.2	Individuelle Einzelfälle von außergewöhnlicher Belastung	625
13.3	Typisierte Fälle von außergewöhnlicher Belastung	635
13.3.1	Aufwendungen für den Unterhalt und eine etwaige Berufsausbildung (§ 33 a Abs. 1 EStG)	636
13.3.1.1	Allgemeines	636
13.3.1.2	Unterhalt an im Ausland lebende Personen	642
13.3.1.3	Unterhaltsleistungen für Kinder	643
13.3.1.4	Unterhalt an Ehegatten oder in ehelicher Lebensgemeinschaft lebende Person	644
13.3.1.5	Sonstige Unterstützungsfälle	646
13.3.1.6	Zeitanteilige Anwendung des § 33 a Abs. 1 EStG	647
13.3.2	Ausbildungsfreibetrag (§ 33 a Abs. 2 EStG)	649
13.3.2.1	Allgemeines	649
13.3.2.2	Voraussetzungen für den Freibetrag	650
13.3.2.3	Anrechnung eigener Einkünfte und Bezüge des Kindes	653
13.3.2.4	Zeitanteilige Anwendung des § 33 a Abs. 2 EStG	654
13.3.2.5	Aufteilung des Freibetrags.	655
13.3.3	Hausgehilfin-Höchstbetrag (§ 33 a Abs. 3 EStG)	656

13.3.4	Pauschbeträge für Behinderte, Hinterbliebene und Pflegerpersonen	659
13.3.5	Kinderbetreuungs-Höchstbetrag (§ 33 c EStG)	664
14	Vermögensbildung der Arbeitnehmer	667
14.1	Überlassen von Vermögensbeteiligungen an Arbeitnehmer	668
14.2	Zuwendungen aufgrund des Fünften Vermögensbildungsgesetzes	669
14.2.1	Begünstigter Personenkreis	670
14.2.2	Vermögenswirksame Leistungen	671
14.2.3	Anlageformen für vermögenswirksame Leistungen	674
14.2.3.1	Sparvertrag über Wertpapiere oder andere Vermögensbeteiligungen	674
14.2.3.2	Wertpapier-Kaufvertrag	675
14.2.3.3	Beteiligungs-Vertrag	676
14.2.3.4	Beteiligungs-Kaufvertrag	676
14.2.3.5	Sparvertrag	677
14.2.3.6	Kapitalversicherungsvertrag	678
14.2.4	Begründung der vermögenswirksamen Leistung	678
14.2.4.1	Begründung durch Tarifvertrag	679
14.2.4.2	Begründung durch Einzelvertrag	679
14.2.5	Rechtsnatur der vermögenswirksamen Leistungen	680
14.2.6	Arbeitnehmer-Sparzulage	681
14.2.6.1	Einkommensgrenzen	681
14.2.6.2	Umfang der staatlichen Förderung	682
14.2.6.3	Entstehung und Ausbezahlung	683
15	Zuschlagsteuern zur Lohnsteuer	684
15.1	Allgemeines	684
15.2	Kirchensteuer	686
15.3	Solidaritätszuschlag	687
 Dritter Teil: Der Familienleistungsausgleich		
16	Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes	689
16.1	Verfassungsrechtliche Vorgabe und gesetzliche Systematik	689
16.2	Kinderfreibeträge und Lohnsteuerabzug	691
16.3	Vergleichsrechnung Kindergeld – Freibeträge für Kinder	691
16.4	Kind im Sinne des Einkommensteuerrechts	696
16.4.1	Berücksichtigung von Kindern im Einkommensteuerrecht	697
16.4.2	Kinderbegriff des § 32 Abs. 1 EStG	697

Inhaltsübersicht

16.4.2.1	Kind nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 EStG	697
16.4.2.2	Kind nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 EStG (Pflegekind)	698
16.4.3	Berücksichtigungstatbestände.	699
16.4.3.1	Ausschluss der Doppelberücksichtigung nach § 32 Abs. 2 EStG . .	700
16.4.3.2	Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (§ 32 Abs. 3 EStG)	700
16.4.3.3	Kinder nach Vollendung des 18. Lebensjahres (§ 32 Abs. 4 und 5 EStG)	701
16.4.3.4	Behinderte Kinder nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 EStG	702
16.4.3.4.1	Voraussetzungen	702
16.4.3.4.2	Selbstunterhalt des behinderten Kindes	702
16.4.3.5	Kinder ohne Arbeitsplatz nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 EStG. . . .	705
16.4.3.5.1	Voraussetzungen	705
16.4.3.5.2	Einschränkung durch eigene Einkünfte und Bezüge.	706
16.4.3.6	Kinder in Berufsausbildung nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a EStG	706
16.4.3.6.1	Voraussetzungen	706
16.4.3.6.2	Zeiten der Berufsausbildung	706
16.4.3.6.3	Ausbildungsanforderungen	707
16.4.3.6.4	Beginn und Ende der Ausbildung	709
16.4.3.6.5	Einschränkung durch eigene Einkünfte und Bezüge.	710
16.4.3.7	Kinder in einer Übergangszeit nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b EStG	712
16.4.3.7.1	Voraussetzungen	712
16.4.3.7.2	Übergangszeit	712
16.4.3.7.3	Eigene Einkünfte und Bezüge.	713
16.4.3.8	Kinder ohne Ausbildungsplatz nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchst. c EStG	714
16.4.3.8.1	Voraussetzungen	714
16.4.3.8.2	Bemühen um einen Ausbildungsplatz	714
16.4.3.9	Kinder im freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr, im Freiwilligendienst des EU-Aktionsprogramms „Jugend“ oder eines anderen Dienstes im Ausland nach § 14 b des Zivildienstgesetzes gemäß § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchst. d EStG	716
16.4.3.10	Ausschluss der Berücksichtigung als Kind wegen eigener Einkünfte und Bezüge	717
16.4.3.10.1	Struktur des Ausschlusstatbestandes	717
16.4.3.10.2	Einkünfte und Bezüge des Kindes	718
16.4.3.10.3	Bezüge für besondere Ausbildungszwecke, Leistungen an Träger der Bildungsmaßnahme und Leistungen wegen eines individuellen Sonderbedarfs	721
16.4.3.10.4	Ermittlung der Einkünfte und Bezüge bei einem Kind mit eigenem Kind.	723
16.4.3.10.5	Unterhaltsleistungen des Ehepartners als Bezüge des Kindes	724
16.4.3.10.6	Zeitanteilige Berücksichtigung von Einkünften und Bezügen	727
16.4.3.11	Ausländische Kinder über 18 Jahre	733
16.4.3.12	Verlängerungstatbestände des § 32 Abs. 5 EStG	734

16.5	Kinderfreibetrag und Halbteilungsgrundsatz	735
16.5.1	Halbteilungsgrundsatz	735
16.5.2	Übertragung der Freibeträge für Kinder	736
16.6	Struktur und Besonderheiten beim Kindergeld	739
16.6.1	Allgemeine Struktur	739
16.6.2	Berücksichtigungsfähige Kinder	740
16.6.3	Auszahlung des Kindergeldes.	741
16.6.3.1	Zahlung des Kindergeldes an Angehörige des öffentlichen Dienstes	741
16.6.3.2	Zahlung des Kindergeldes an andere Arbeitnehmer	742
Abkürzungen		745
Parographenschlüssel		747
Stichwortverzeichnis		751